



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1903

526 (11.11.1903) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-100698](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-100698)

General-Anzeiger



Abonnement:

Tägliche Ausgabe:
70 Pfennig monatlich.
Eingeliefert 20 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
auslagen 24.42 pro Quartal.
Einzel-Nummer 5 Pf.

Nur Sonntags-Ausgabe:
20 Pfennig monatlich,
ins Haus od. durch die Post 25 Pf.

Ankündigungen:

Die Colonne-Zeile ... 20 Pf.
Auswärtige Inserate ... 25
Die Reklame-Zeile ... 40

(Badiſche Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesen und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Akademie für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Für unverlangte Manuskripte wird keinerlei Gewähr geleistet.

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“.
In der Postliste eingetragen
unter Nr. 3021.

Telephon: Direktion und

Druckerei: Nr. 841

Redaktion: Nr. 877

Expedition: Nr. 913

Postale: Nr. 816

Nr. 526.

Mittwoch, 11. November 1905.

(Abendblatt.)

Landtagskandidaturen.

3. Stadt Konstanz: Oberbauinspektor Rist (nll.), Rechts-
anwalt Benedek (dem.)
7. Waldshut-Söllingen: Professor Blümmel (Ztr.),
Hauptlehrer Baur (nll.)
8. St. Blasien-Schönau: Landgerichtsrat Birkenmayer
(Zentrum.)
12. Mühlheim-Straßen: Dr. Blantenhorn (nll.).
15. Freiburg-Straßen: Rechtsanwalt Kopf (Ztr.).
16. Breisach-Freiburg: Bürgermeister Schüller aus
Ebringen (Ztr.), Landw. Jenne aus Bischoffingen (nll.).
18. Stadt Freiburg: Prof. Böhler (Ztr.), Landgerichtsrat
Schwörer (nll.), Feilenhauer Krüger (Soz.).
19. Emmendingen: Apotheker Vetterle (nll.), Landwirt
Berlich aus Eningen (B. d. L.).
21. Stadt Vahr: Rechtsanwalt Schneider (nll.), Wilhelm
Engler (Soz.).
22. Vahr-Offenburg: Prof. Heimbürger (dem.), Land-
wirt Dehler (nll.).
24. Wolfach-Offenburg: Detan Hennig (Ztr.).
27. Rehl: Gastwirt Haug (nll.), Molkereibesitzer Sänges aus
Diersheim (nll.).
28. Oberkirch-Achern: Weinh. Seppert (Ztr.), Bürger-
meister Gellert (nll.).
31. Stadt Baden: Oberbürgermeister Schaner (nll.), Ho-
telier Schmid (Ztr.).
32. Stadt Rastatt: Brauereibesitzer Franz (nll.), Rechts-
anwalt Schumann (Ztr.).
33. Mühlbez. Rastatt: Landgerichtsdirektor Zehner aus
Mannheim (Ztr.), Metzger, Ufer aus Gernsbach (nll.).
34. Ettlingen-Rastatt: Landwirt Morgenthaler aus
Friedenbach (Ztr.), Restaurateur Willi aus Rastatt (Soz.).
36. Mühlbez. Rastatt: Defan Mayer (Soz.), Land-
wirt Elser (nll.), Apotheker Lutz (Soz.).
37. Stadt Durlach: Gemeinderat Kündler (nll.), Christian
Horn (Soz.), Oberingen. Delske (dem.).
39. Breiten-Bruchsal: Sögmachermeister Hartz (nll.),
Gutsbes. Kern aus Gumbelshausen (B. d. L.).
41. Stadt Bruchsal: Malermeister Hoffmann (dem.),
Restaurateur Kessler (nll.).
42. Stadt Forstheim: Adolf Gled, Buchdruckerbes. aus
Offenburg (Soz.), Stadtrat Schneider (nll.).
44. Schweighausen-Mannheim: Siegelbes. Eder aus
Brühl (dem.), Landgerichtsrat Claus aus Offenburg
(nll.), Eder, Müller aus Mannheim (Soz.), Hauptlehrer
Rödel aus Mannheim (freif.).
45. Stadt Mannheim: Kaufmann Süßkind und Buchh.
Lehman (Soz.), Rechtsanwalt Dr. Alt (nll.), Stadtrat
Dankenshöfer (freif.).
46. Weinheim-Mannheim: Landwirt Müller aus
Heilbrunn (nll.), Robert Klein (Soz.).
48. Stadt Heidelberg: Oberbürgermeister Dr. Wildens
(nll.), Stadw. Pfeifle aus Mannheim (Soz.).
50. Eppingen-Sinsheim: Bürgermeister Buthard
aus Eppingen (nll.), Bürgermeister Gebhardt aus Ricken
(B. d. L.).

51. Mühlbez. Sinsheim: Bürgermeister Reunrich aus
Reckardshausen (nll.).
52. Eberbach-Buchen: Bürgermeister Weiß (nll.), Do-
menanddirektor Hofmann aus Karlsruhe (B. d. L.).
53. Mühlbez. Mosbach: Landgerichtsrat Obkircher (nll.).
55. Mühlbez. Tauberhofsheim: Professor
Köhler (Ztr.).

Erstwahl.

28. Triberg-Wolfach: Gutbesitzer Duffner aus Zuri-
wangen (Ztr.).
30. Bühl-Achern: Landgerichtsrat Schmidt aus Karls-
ruhe (Ztr.).
9. Lörzach-Stadt: Rechtsanwalt Vortisch (freif.).

Der Kampf um die Schule.

Das Zentrum läßt sich endlich, kurz vor den entscheidenden
Wahltagen in Preußen, die Wäster fallen und gesteht, daß ihm
das Schuldenstandsgeſetz vollständig Nebenſache, die kon-
fessionelle Schule aber, die Herrschaft der Kirche, des
Klerus über die Schule das unüberwindliche Ziel seines Strebens
ist. Zur Erringung dieses Zieles kommt es dem Zentrum auch
garnicht darauf an, sich mit der Sozialdemokratie zu verbündern,
wenn nur bei den bevorstehenden Wahlen der Liberalismus,
dieses Hemmnis der konfessionellen Schule, zurückgedrängt und
vernichtet wird. So sieht die Stille der Regierung, die „Staats-
erhaltende Partei“ aus! Die Regierung gibt durch ihr offizielles
Regierungsbüro, die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“, die Parole
zum Zusammenstehen aller Parteien gegen die Sozialdemo-
kratie aus — das Zentrum erklärt, in diesem Kampf nicht
mitzuteilen zu wollen, wenn ihm nicht die konfessionelle Schule
gewährt wird. Mit ungewöhnlicher Herausforderung an die
Regierung schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Der Kampf um die Volksschule, der bei den jetzigen Wahlen
gelaufen ist, erfordert von uns eine viel größere Aufmerksamkeit
als die Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den preu-
sischen Wahlen, und Eltern, welche wollen, daß ihre Kinder in den
Schulen konfessionell-ethisch erzogen werden, haben viel mehr An-
laß, bei den Wahlen darauf zu achten, daß nicht der freigeistlichen
Liberalismus aus den Wahlen hervorgeht, als daß
speziell die Sozialdemokratie im Sinne der „Nordd. Allg. Ztg.“ be-
kämpft werde. Der Liberalismus ist einseitig an der Arbeit, lassen wir
es bei den bevorstehenden Wahlen nicht an der Gegenarbeit fehlen.
Es könnte sonst für die Schule vieles auf dem Spiel
stehen.“

Genüß, für die Schule steht viel, alles auf dem Spiele!
Das haben die Nationalliberalen längst erkannt und deshalb zum
Kampf gegen die liberalen Herrschgelenke über die Schule auf-
gerufen. Sowohl von konservativer wie von ultramontaner
Seite ist bis zur Stunde immer behauptet worden, dieser Auf-
ruf sei nur elende Wahlmaxime und führe einen Kampf gegen
Windmühlen. Jetzt bekämpft der Ultramontanismus wenigstens
offen Farbe und er, der sich als unerschütterliche Stütze von
Thron und Altar anpreist und leider mit dieser Anpreisung
auch bei der Regierung Glauben findet, entzieht sich der Be-
kämpfung der Sozialdemokratie, wenn die Regierung ihm nicht
die konfessionelle Schule einräumt, die doch nur eine Etappe zur
unumschränkten Herrschaft des Ultramontanismus über die
Schule ist! Das nennt das Zentrum: Deutschland den kon-

fessionellen Frieden bringen! Durch die konfessionelle Schule wird
nur erneut die Saat zum unheilvollsten kirchlichen Haber aus-
gestreut. Wenn die Nationalliberalen die konfessionelle Schule
bekämpfen, so richtet sich dieser Kampf nun und nimmermehr
gegen den Katholizismus oder die Kirche selbst. Abg. Dr.
Sattler bewahrte sich gegen eine derartige Unterstellung in
seiner letzten Rede vom Sonntag in Köln aufs schärfste und
führte nach dieser Richtung aus:

„Wir Nationalliberalen müssen uns aufs schärfste dagegen ver-
wahren, daß gesagt wird, wir unternehmen etwas gegen den
Katholizismus als Religion oder Konfession. Nein, wir sind der
Meinung, daß nach dem, wie Deutschland sich geschichtlich entwickelt
hat, d. h. in Anbetracht der Tatsache, daß in Deutschland zwei christ-
liche Konfessionen bestehen, die erste Aufgabe dahin gehen muß, ein
freundliches Zusammenleben der Konfessionen untereinander zu be-
denken und zu betonen. Was wir aber nicht wollen, ist, daß unsere
politische Entwicklung unterworfen wird dem Willen und Geiste
einerseits hierarchischer, ultramontaner Geistes. Denn diese haben
vor allen Dingen nicht religiöse, konfessionelle Zwecke, sondern herr-
schaftspolitische Machtzwecke im Auge. Das ist der Grund, weshalb
wir das Zentrum und den Ultramontanismus bekämpfen. Wenn
man nicht, wie dadurch das Volk immer weiter auseinandergerissen
wird, so kann ich keinen Beweis innerer Wahrhaftigkeit darin finden.
Der Frieden zwischen den Konfessionen wird nicht gefördert, wenn
man darauf ausgeht, von der Wiege bis zur Bahre die Angehörigen
einer Konfession von denen der anderen zu trennen. Das geschieht,
wenn die Schule dem konfessionellen Einfluß derart unterworfen
ist, daß die Kinder vor der Annäherung mit Kindern der anderen
Konfession geschützt werden.“

Abg. Dr. Sattler machte dem Zentrum auch den Vorwurf
der inneren Unwahrhaftigkeit. Möglicherweise erhebt sich im
Zentrum darüber großes Geschrei. Aber wenn es dem Zentrum
darauf ankommt, Stimmen einzufangen, gilt es ihm gleich, auf
welche Weise dies geschieht. Mit der Wahrheit nimmt man es
da nicht genau. Abg. Trimborn und die „Köln. Volksztg.“
heßen die konfessionelle Schule als den höchsten zu erringenden
Preis hin und scheuen selbst nicht davor zurück, zu seiner Ge-
winnung mit den Sozialdemokraten zu paktieren, während der
„Jahrbuch der Völk.“, der ultramontane badiſche Heißsporn Wader,
in der gleichen Absicht des Stimmenfanges die dem Zentrum
„angeblich“ (!) unterschobene Gegnerschaft gegen Simultans-
schulen als „Verleumdung“ brandmarkt! Mit derartigen Waffen
der lauten Wahrheit führt das Zentrum den Kampf um die
Schule, einen dem Liberalismus aufgelegenen Kampf —
und er wird ihn durchführen und schließlich doch siegen!

Deutsches Reich.

* Mannheim, 11. Nov. (Ueber die Betriebs-
ergebnisse der Bad. Bahnen im Jahre 1902)
erfahren wir folgendes: Die Gesamt-Einnahme betrug 75680664
Mark, die Ausgabe 61453795 M.; der Betriebscoefficient war
81,2 pCt., der Einnahme-Überschuß, die Rente, betrug 239 pCt.
Seit dem Jahre 1842 war die Rente nicht so niedrig, damals
betrug sie 2,06 pCt. Die Zahl der Reisen betrug 20
36 Millionen; getragene auf rund 87 Millionen; der Güter-
verkehr von 12,7 Mill. Tonnen auf 13 Mill. Tonnen. Der
letzte hat aber noch nicht die Höhe von 1900 erreicht, wo er
13,5 Mill. Tonnen betrug. Das Anlagekapital beträgt

Polypen.

Medizinische Skizze zur Enttarnung Kaiser Wilhelms.

Von Dr. med. Richard Berner.

Kaiser Wilhelm, der nach den wenigen Tagen in Wiesbaden
und am Schloß Wilhelmsden bei Darmstadt annehmend in voller
Gesundheit zusammenkam mit dem russischen Zaren Lette, ist fast
unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Süddeutschland im Kraus Pa-
lais bei Potsdam von einem sogenannten Strömungspolypen be-
fallen worden, der sich im Rektum des hohen Patienten entwickelt
hatte und seine Entfernung erforderlich machte. Der Fachmann,
der den nächsten Tag des offiziellen Vultus einer Durchsicht unter-
zieht, entnimmt, wie gleich hier bemerkt werden mag, aus ihm, so-
weit es sich über das Resultat der mikroskopischen Untersuchung
bezieht, die erste Kunde verschwindende Tatsache, daß es sich
um eine engstirnige Erkrankung des Rektum handelt, die aller-
dings, wenn man die freien Lauf gelassen hätte, große Vergrößerung
des Tumors hätte herbeiführen können, glücklicherweise aber nicht
zu jenen Vergrößerungen und Wucherungen gehört, bei denen
man sich voll Schrecken fragen muß, ob dahinter nicht der Dämon
des Krebses oder einer krebshähnlichen Erkrankung laueret.

Man kann somit im Vertrauen auf die Erfahrung eines patho-
logischen Anatomen vom Range des Professors Oels, der das ent-
fernte Gewebe mikroskopisch untersucht, auf eine baldige Wieder-
herstellung des Kaisers rechnen. Ueberall dort aber, wo man in der
Welt aus Deutschen nicht wohl will, und jede den Kaiser und das
deutsche Volk betreffende Nachricht mit böswilliger Beobachtung auf-
nimmt, fällt jene auch nur im entferntesten eine ungünstige Deutung
zu, werden muntere, wie mit Gewißheit angenommen ist, die
bedauerlichen Tumorverhältnisse aufklären. Aber auch in
Deutschland werden sich Millionen beim Bekanntwerden der Nach-
richt daran erinnern, daß die verhängnisvolle Todeskrankheit Kaiser
Friedrich ebenfalls im Rektum ihren Sitz hatte und daß auch
Kaiser Wilhelm II. Mutter, wie er, das bürgerliche Leben

führte, an der gleichen Krankheit gestorben ist, wie der einst so tra-
gische Sieger von Bismarck, der in seinem Angelegenheit als das
Merkmal eines germanischen Helden fortlebt. Es dürfte daher vielleicht
am Platze sein, auch weitere Kreise des Publikums über das Wesen
der Polypen zu informieren, umso mehr als über das dasjenige, was
die pathologische Anatomie unter einem Polypen versteht, in Laien-
kreisen eine ziemlich große Verwirrung herrscht.

Eigentlich ist der Name „Polyp“ sehr unwissenschaftlich; denn
er besagt nichts über das Wesen der Erkrankung, sondern bezieht sich
nur auf die Gestalt von Gewebselementen, die dann als Polypen
bezeichnet werden, wenn sie aus einer freien Oberfläche des Körpers
mit einem schmalen Stiel aufragen, so daß sie eine enstirnte Kopf-
ähnlichkeit mit den gleichnamigen, dem Zoologen wohl bekannten Tieren
aus der Klasse der Cölenteraten haben. In Wahrheit ist ein Polyp
immer eine Geschwulst, also eine Gewebevergrößerung, bei der nicht
mit dem Muttergewebe gleiches, sondern fremdes Gewebe gebildet
wird, das also auch nicht zur Erhöhung des Organes beitragen
kann und übrigens auch nicht, weil es außerhalb des Normales liegt,
zu einem typischen Abschuß kommt, wie es beim ordnungsmäßigen
Wachstum des Organismus in jedem seiner Teile und Organe end-
lich einmal statthaben muß.

Der Polyp ist somit auf jeden Fall ein ganz nutzloses An-
hängsel des menschlichen Körpers. Seine Entfernung empfiehlt sich
dringlich, weil die Ernährung der Geschwulst durch den Stiel oft
in ungenügender Weise erfolgt, so daß Entzündung, Verfallung und
Verfäulnis der Polypen und in Verbindung hiermit Schmerzen und
Blutungen eintreten können. Der Polyp kann aber auch, wenn er
im ein Beispiel anführen, in den Rektalhöhlen oder im Rektum
vorwuchert, sehr schwere Unbequemlichkeiten nach sich ziehen, weil
er bei entsprechender Größe die Aufnahme verlegt und sogar unter
Umständen die Gefahr des Ersticken vergrößern kann. Je es des-
halb also angeht, sich die Entfernung des Tumors zu bald wie
möglich zu entscheiden, was durch Abkühlen, durch Abbinden oder
Abtragen mit einer Drahtschlinge oder durch Amputation d. h.
also durch Abtrennen mit einer glühenden Drahtschlinge erfolgen
kann, so treten doch glücklicherweise meistens nur solche Geschwulste in

Polypenform auf, die in der medizinischen Ausdrucksweise im Gegen-
satz zu den malignen Geschwulsten als gutartige bezeichnet werden.

Unter malignen oder bösartigen Geschwulsten versteht man
nämlich diejenigen, die eine Neigung zeigen, auf fremdartiges Ge-
webes überzugehen und sogenannte Metastasen hervorzubringen,
d. h. durch Ablösung kleiner Teile der Geschwulst und Fort-
führung derselben nach anderen Körperstellen derselben neue Ge-
schwulste der gleichen Art hervorzubringen. In dieser Art gehört auch
der im Volke meistens ebenfalls als Krebs bezeichnete Sarkom der
echte Krebs oder Carcinom, der durch seine Wucherung umfangreiche
Vergrößerungen in seiner Nachbarschaft anrichtet und oft, wenn man
seine operative Entfernung scheut, seine Kräfte bereits weit in im
Körper verstreut hat, sobald trotz des blutigen Eingriffes später an
anderen Orten neue Carcinome entstehen.

Die in jedem Konversationslexikon und auch dem im Publikum
weitverbreiteten Buche Bode „Von gesunden und kranken Menschen“
nachgesehen werden kann, kommen diese bösartigen Geschwulste bei
der Polypenbildung nicht in Betracht. Nur die fadenförmigen Polypen
der Rektalhöhle stehen bei den Klinikern nicht ganz verdaulich da.
Sie werden jedoch fast immer so zeitig erkannt, daß sie fast in allen
Fällen entfernt werden können bevor sie überhaupt, auch wenn ihre
Bösartigkeit außer Zweifel läßt, durch Metastasenbildung Unheil
anrichten können. Der typische Polyp, wie er dem Chirurgen in
taufenden von Fällen begegnet, ist vielmehr entweder ein Schlein-
haut- oder ein fadenförmiger Polyp.

Die letztere Form tritt namentlich bei Kindern, häufig aber auch
bei Erwachsenen auf und kann sich durch einen chronischen Reiz
auf jeder Schleimhaut des Körpers entwickeln. Er ist eine weiche,
häufig rot blutige, aus Bindegewebe, Gefäßen und Drüsen be-
stehende Wucherung der Schleimhaut, die, wenn ihr Sitz die Nase ist,
sich schon an dem eigentümlich gezeichneten Ton der Stimme zu er-
kennen gibt und bei Erwachsenen zwar unangenehme Zustände wie
Niesreizungen, Schwindelgefühle und allgemeine Nervosität hervor-
rufen kann, jedoch keine Gefahren nach sich zieht, während sie bei
Kindern, wenn sie in großem Umfang ausreißt, wegen der Gefahr

807,5 Mill. M., die Zahl der Beamten und händigen Arbeiter 21 904 Köpfe.

* Berlin, 10. Nov. (Die Kommission zur Beratung der Reform des Strafprozesses) hat heute ihre unterbrochenen Sitzungen im Reichsjustizamt wieder aufgenommen. Die Arbeiten der Kommission begannen Ende 1902; zuletzt war sie zu Anfang Oktober versammelt und unterbrach ihre damaligen Beratungen am 3. Oktober. Diese Verhandlungen haben sich auf die wichtigsten Streitfragen erstreckt und ziehen sich aus dem Grunde in die Länge, weil starke Meinungsverschiedenheiten über manche Punkte entstanden sind. Ein Abschluß der Kommissionsarbeiten ist noch nicht abzusehen.

— (Revisionsrechtliche Negationen.) Ein Arbeiter hat es gewagt, eine Broschüre gegen den Führer des marxistischen Dogmas, gegen Kautsky, zu schreiben. Er betitelt sie „Kautsky und die soziale Revolution“ und erdreistet sich, in die Hände des Führers, die „Vorwärts“-Buchhandlung, zu gehen, um sie dort vorlegen zu lassen. Natürlich erhielt er sie als „unverwundbar“ zurück und seine Beschwerde an die Kontrollkommission blieb erfolglos. Die Abweisung wurde damit begründet, daß ein „befähigter“ Genosse die Broschüre nicht für druckfähig erklärt hätte. Nun hat sie der Verfasser im Selbstverlage erscheinen lassen, um sie dem Urteile der Genossen zu unterbreiten. Diesen Hergegang erzählt man jetzt aus der „Münchener Post“, die sich in einer Besprechung der Broschüre ihres Verfassers, des Arztes Steinigungs, warm annimmt, natürlich in der Hauptsache, um dem „Vorwärts“ und den endzielbewußten Berlinern eins zu versetzen. Ramentlich folgende Stellen aus der Besprechung der „Münchener Post“ sind bezeichnend: „Wahrscheinlich aber ist es nicht die Form, sondern der Inhalt, der das von Imprimatur in Berlin zeitigte. . . . Doch bestrebt sich der Verfasser in seiner Polemik stets, auch seinem Gegner gerecht zu werden. Nie verläßt er in die jetzt so beliebte literarische Manier der persönlichen Verächtlichkeit, des Verrißes und der Ausrufung. Dieser Arbeiterkriterieller will belehren, überzeugen, und überzeugen. Mancher „Befähigte“ in Berlin kann viel von ihm lernen.“

— (Der Abg. v. Bollmar) ist, wie aus München gemeldet wird, seit dem Eisenbahnunfall in Schöngesing, bei dem er eine starke Erschütterung erlitt, erkrankt. Obgleich schon einige Wochen seit dem Ereignis vergangen sind, leidet er an traumatischer Neurose, so daß zunächst nicht abzusehen ist, wann er seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen könnte.

— (Der bayerische Bauernbund) ist eine ganz eigene Gesellschaft. In Würzburg war er am Sonntag beisammen, und hat kräftigst hat er geredet. Der Vorsitzende Memminger sprach bei der Eröffnung die Erwartung aus, daß seine „Spitze aus dem Norden“ ausgehen werde; im vorigen Jahre sei ein preussischer Hauptmann am Hofe gewesen — gemeint ist Dr. Vieberich, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte — und dieser habe ihm, Memminger, eine fünf Monate dauernde Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung an den Hals gehängt; sollte ein solches „Individuum“ sich einschließen haben, so möchte es sich hütlich davon machen. Ueber den weiteren Verlauf des Bauerntages meldet der „Post. Ztg.“ eine Würzburger Zeitschrift: „Der Bauernbund will sich nur noch auf den Landtag verlassen, dem staatslich durchsuchten Berlin aber fernbleiben. Von Interesse war eine Aeußerung des Dr. Gsch, unter den liberalen Abgeordneten im Landtag bahnte sich eine Verständigung an. Einige seien direkt Agrarier und sogar der Abgeordnete Casselmann habe sich betheiligen lassen.“ Beschlüssen wurde, daß die Abgeordneten des Bauernbundes gegen den Donau-Rhein-Kanal stimmen. Selbst wenn die Idee von Pringen stammt“, erklärte der Abg. Schmitt, „lehnen wir sie ab.“

— (Im laufenden Vierteljahr) vollzieht sich ein bemerkenswerter Akt im staatlichen Versicherungswesen: die erste Million an bewilligten Invalidenrenten wird voll. Man wird sich erinnern, daß das letzte der großen Versicherungsgesetze zuerst die Bezeichnung „Alters- und Invalidenversicherungsgesetz“ trug. Man hat die Bezeichnung später mit Recht in „Invalidenversicherungsgesetz“ umgewandelt, denn die damit bezeichnete Versicherungsart ist jetzt schon bei weitem die bedeutendere geworden und wird es später noch mehr werden. Am 1. Januar 1904 wird das Gesetz 13 Jahre in Kraft sein. In nur nicht dem gleichen Zeitraum hat eine Million Deutscher auf Grund des Gesetzes Invalidenrente erhalten. Altersrente wurde nahezu an die Hälfte gezahlt, so daß insgesamt in der genannten Zeitperiode etwa 1 1/2 Millionen Deutscher auf Grund des letzten der großen Versicherungsgesetze Renten erhielten.

— (In der Reichskartellengruppe) die im Laufe eines Jahres nacheinander die Kohlen- und Koksindustrie und das Druckpapierfabrikat erlebt hat, kommen jetzt die Eisenindustrie an die Reihe. Und zwar sind die kontrastistischen Verhandlungen über die Verbände und Verkaufsstellen für Kohlen auf

Benennung der des Kopfes hemmend auf die geistige Entwicklung einwirken kann. Entwickeln sich in solchen Polypen, die auch im Wachstum nicht selten sind, Waben, die sich stark vermehren, so geht der gewöhnliche Schleimpolyp in den sogenannten Echtenpolypen über, der sich in den sonstigen Eigentümlichkeiten nicht von dem ersten unterscheidet.

Im Gegensatz zu diesem äußerst weichen Gebilde, wie es auch in dem Befunde Krebs gefordert ist, besteht der fibröse oder Fasernpolyp aus festerem, faserförmigen Bindegewebe, das nicht der Schleimhaut, sondern der unter ihr liegenden Bindegewebsschicht entstammt, die unter der Schleimhaut aufzuwachen beginnt, und sich allmählich hervorhebt bis die Geschwulst auf ihrem Stiele frei steht und nur mit einem dünnen Schleimhautüberzug versehen über die gesunde Schleimhaut der Umgebung hervorragt.

Auch diese Form des Polypen zählt zu den gutartigen Geschwülsten. Es ist jedoch nach dem Ergebnis der mikroskopischen Untersuchung und weil sich solche Polypen meistens an anderen Stellen entwickeln, mit Sicherheit anzunehmen, daß es sich im Falle des Krebses um einen jener harmlosen Schleimhautpolypen handelt, deren Entfernung für die heutige Chirurgie ein Kinderpiel ist und hinter denen von nachteiligen Folgen nicht die Rede sein kann. Die Entfernung eines solchen Polypen im Kehlkopf des Menschen ist übrigens um so leichter verständlich als die taupförmige Regenerationsfähigkeit Kaiser Wilhelm, die von früh bis abends den mündlichen Verkehr mit zahlreichen Personen bedingt, zu einer Ueberanstrengung der Stimmbänder geführt haben wird, die eine chronische Reizung der Stimmbänder bedingenden Schleimhäute hervorrief, die, wie schon gesagt, der Entstehung derartiger Wucherungen überaus günstig ist.

Der Ausdruck „Stimmklappenpolyp“, dessen sich das Bulletin bedient, dürfte manchen Leser befremden haben. Er ist wenig bekannt, weil er erst in neuerer Zeit durch die Sprachwissenschaftsbearbeitungen der Deutschen Anatomischen Gesellschaft in die medi-

den 24. und 25. November angelegt, am 26. November folgt dann der Halbjahresbericht. Die Sitzungen finden diesmal im Reichstagsgebäude statt.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 11. November 1903.

* Nachträge vom Kaiser. Anlässlich des Eröffnungsfestes des „Kaiser“, hat die Frau Großherzogin bei dem Besuche der Photographie (Vorstandsamt Frau Hofrat Bafermann und Frau Hofrat Bafermann) sich durch Frau Hofrat Bafermann bei künstlichem Licht aufnehmen lassen. Das Bild der hohen Frau ist nun so außerordentlich gut gelungen, daß sich jedes darüber einig ist, eine auch nur annähernd so die Weltlichkeit wiedergebende Photographie noch nicht zu Gesicht bekommen zu haben.

* Verjährung von Forderungen. Mit Ablauf dieses Jahres (1903) verfließen u. a.: 1) Die im Laufe des Jahres 1901 entstandenen Forderungen von Kaufleuten, Fabrikanten u. s. w. für Lieferung von Waren, Ausführung von Arbeiten und Vorsehung fremder Geschäfte, mit Einschluß der Auslagen, sofern die Leistung nicht für den Gewerbetrieb des Schuldners erfolgt ist. (Näheres: Bürgerliches Gesetzbuch Paragr. 196 Abs. 1 Satz 1—17.) 2) Die im Laufe des Jahres 1901 entstandenen Forderungen von Jansen mit Einschluß der Amortisationsbeiträge. (Näheres: Bürgerliches Gesetzbuch Paragr. 197.) 3) Die in der Zeit vom 1. Januar 1874 bis Ende des Jahres 1890 entstandenen Forderungen der zu 1 genannten Art, sofern die Leistung für den Gewerbetrieb des Schuldners erfolgt ist. (Näheres: Bürgerliches Gesetzbuch Paragr. 196 letzter Abs.) Forderungen dieser Art verjähren nach neuem Recht in vier Jahren, nach altem Recht verjähren sie erst in 30 Jahren. Für die Uebergangszeit ist bestimmt, daß für die unter der Herrschaft des alten Rechts entstandenen Forderungen zwar die lange Verjährungsfrist bestehen bleibt, daß aber von der Einführung des neuen deutschen Rechts, dem 1. Januar 1900 ab, nur noch die kürzere Verjährungsfrist von vier Jahren gerechnet wird, so daß für jene Forderungen die Verjährung mit dem Ablauf dieses Jahres nacheinander endet. Die Verjährung wird unterbrochen: 1. Wenn der Berechtigte dem Berechtigten gegenüber den Anspruch durch Mahnung, Zahlung, Einzahlung, Sicherstellung oder in anderer Weise anerkennt. (Näheres: Bürgerliches Gesetzbuch Paragr. 203.) 2. Wenn der Berechtigte auf Befriedigung oder auf Feststellung des Anspruches, auf Erteilung der Vollstreckungsanfrage oder auf Erlassung des Vollstreckungsbefehls Klage erhebt. Der Verjährung der Klage stehen gleich: die Aufstellung eines Zahlungsbefehls im Mahnverfahren; die Anmeldung des Anspruches im Kontor; die Geltendmachung der Aufrechnung des Anspruches im Prozeß; die Streitverkündung in dem Prozeß, von dessen Ausgang der Anspruch abhängt; die Vornahme einer Vollstreckungsmaßnahme und, soweit die Zwangsvollstreckung den Verdicten oder anderen Behörden zugewiesen ist, die Stellung des Antrages auf Zwangsvollstreckung. (Näheres: Bürgerliches Gesetzbuch Paragr. 204.) Die Verjährung wird auf keinen Fall durch Uebertragung von Rechnungen oder Mahnscheinen unterbrochen.

* Ueber die Auslegung des Druckfaden-Paragraphe der Verordnung entnehmen wir einer Mitteilung der „Post. Ztg.“: In der Praxis herrschen vielfach Zweifel darüber, in welchem Umfange Druckfaden und Unterstreichungen bei Druckfaden zulässig sind. Es sind Durchstreichungen des gedruckten Textes nur zu dem Zwecke gestattet, um gewisse Stellen unlesbar zu machen, und Unterstreichungen nur zu dem Zwecke, um die Aufmerksamkeit auf gewisse Worte oder Teile des Textes zu lenken, beide aber auch nur unter der Bedingung, daß dadurch nicht falsche Mitteilungen in offener oder verdeckter Sprache entstehen. Als eine solche unzulässige druckfadenmäßige Mitteilung ist es anzusehen, wenn auf einem für viele Fälle passenden gedruckten Text durch handschriftliche Durchstreichung oder Unterstreichung einzelner Buchstaben, Ziffern, Worte oder Sätze ein lediglich für den Einzelfall passender Text gebildet ist. Die einzige Ausnahme von dieser Regel bilden die Warenbestellkarten, bei denen es gestattet ist, durch handschriftliche Unterstreichung gewisser Stellen des gedruckten Textes fennlich zu machen, daß sich die Bestellungen lediglich auf die unterstreichenden Sätze und Mengen von Waren erstrecken soll. Wohl gemeint sind aber bei Warenbestellungen nur Unterstreichungen zulässig. Warenbestellkarten, bei denen die Bestellung mittels Durchstreichungen gewisser Stellen des gedruckten Textes erfolgt, müssen beanstandet werden. Ebenso streng ist auch bei Beurteilung der Jalousien von Druckfaden zu verfahren, in die eine andere Druckfaden (eine Anzeige, ein Zeitungsbandstempel oder dergleichen) eingelassen ist. An und für sich ist eine solche Vereinerung von Druckfaden gestattet, nicht gestattet ist dagegen eine Einkerbung, bei der durch Verdecken eines Teiles des Textes der ersten Druckfaden ein lediglich für den Einzelfall passender Text gebildet wird.

* Sternschnuppen. In den Nächten des 12. bis 15. November wird man eine Anzahl von Meteoren am Himmel wahrnehmen, die ihren Ausgangspunkt im Sternbild des großen Löwen haben. Diese Sternschnuppen gehören zum Schwarm der Leoniden, der innerhalb von 3 1/2 Jahren die Sonne umkreist und dessen Bahn gegen Mitte November von der Erde gekreuzt wird. In den Jahren 1833 und 1890 fanden bei dieser Gelegenheit ungeheure Sternschnuppenfälle statt, aber 1899 blieb eine Wiederholung dieser großen Himmelserscheinung aus. Auch für das gegenwärtige Jahr ist ein auffälliges Hervortreten der Leoniden-Meteore nicht wahrscheinlich.

* Der Riviera-Lugenzug, welcher, wie auch in den Winterfahrplänen erwähnt, diesmal erst im Januar verkehren sollte, wird neuerster Bestimmung zufolge doch schon im Dezember und zwar drei-

gigische Ausdrucksweise eingeführt worden ist. Er soll aber nichts anderes als den Sitz der Wucherung auf den „Stimmklappen“ bezeichnen, womit man neuerdings die zur Stimmbildung dienenden Wände oder besser gesagt Falten des Kehlkopfes bezeichnet.

Seit der Entdeckung des Kofains ist die Entfernung eines solchen Stimmklappenpolypen, der auf dem freien Wande des Stimmbandes sitzt, beim Sprechen also den vollständigen Schluß des Kehlkopfes verhindert und Heiserkeit hervorruft, besonders erleichtert worden. Man pflegt die innere Fläche des erkrankten Stimmbandes und dessen Umgebung mit einer phosphorprozentigen Kofainlösung einzuspülen, wonach binnen kürzester Zeit eine vollständige Empfindungslosigkeit der sonst überaus reizbaren Partien des Kehlkopfes und des Kehlkopfes eintritt. Der Chirurg, der sich das Operationsfeld natürlich mit Hilfe des Operationsfeldes hell erleuchtet, ist dadurch in die Lage versetzt, ohne durch das unwillkürliche Auf- und Absteigen des Kehlkopfes behindert zu sein, mit einer starken, schneidenden Zange in den Kehlkopf einzugehen und die Geschwulst mit größter Sicherheit, so weit es erforderlich ist, abzutragen. Ist die schmerzstillende und empfindungs lähmende Wirkung des Kofains vorbei, so empfindet der Patient wegen der Armut der Stimmwände an sensiblen Nerven gar keine oder nur sehr unbedeutende Schmerzen. Um eine möglichst rasche Abheilung der Wundfläche herbeizuführen ist es aber selbstredend nötig, daß der Patient auf einige Zeit, die man im Durchschnitt auf etwa 8 Tage bemessen kann, sich des lauten Sprechens und sogar besonders in hoher Stimmlage enthält, bei der die Stimmwände am meisten angekrengt werden.

Es dürfte nach dem hier Gesagten klar geworden sein, daß zu ernstlicher Beachtung also kein höchst wichtiger Grund vorliegt. Die operative Entfernung von Stimmklappenpolypen wird alljährlich in vielen Tausenden von Fällen mit absolutem Erfolge vorgenommen. Die Entfernung an sich aber ist eine so harmlose, daß man der baldigen Genesung des kranken Patienten mit Sicherheit entgegensehen kann.

mal pro Woche ab Frankfurt gefahren. Die Abfahrtsreise und auf Montag, Donnerstags und Samstags, erstmals auf Donnerstags den 8. Dez., angelegt. Vom 8. Januar an besteht der Riviera-Lugenzug täglich.

Aus dem Grossherzogtum.

* Schopfheim, 10. Nov. In dem Weiler Wannen, wo am 16. Juni vorigen Jahres bei einer Brandkatastrophe die 7köpfige Familie Wegel umkam, sind zwei große Häuser, die von den drei Familien Berger, Kummerer und Kol bewohnt wurden, eingestürzt worden. Wenigstens keine Verunglückte; dagegen sollen viele Vorräte und 8 Stück Vieh zugrunde gegangen sein.

* Ketsch, 10. Nov. Seit hinter dem Mond daheim scheinen an der Hohenzollernschen Grenze die 12—17jährige Bauernburschen zu sein, die letzte Woche beim Anblick eines Luftballons in Angst und Schrecken verfiel wurden. Ein Luftballon nämlich über den Ball. Einige auf dem Felde beim Baumstutzen die schätzliche 12—17jährige Burschen hörten auf einmal Besorgnis, daß aus den Lüften direkt ob ihnen herabstündend. Emporblühend, um nach der Herkunft derselben zu schauen, griffen sie zu ihren großen Schreden das Ungeheuer. In ihrem Schrecken und in der Meinung, das Ungeheuer könnte auf sie herabstürzen, sprangen sie meidend der Heimat zu. Nachdem sie aber bemerkt, daß das Ungeheuer schnell weitergezogen und sich nicht um sie zu kümmern schien, verließen ihre Angst und sie begaben sich wieder an ihre Arbeit. Eine dunkle Gegend.

Platz, Hessen und Umgebung.

* Wehrheim, 10. Nov. Gestern früh brach in dem um 7 Uhr von Landau kommenden Motorschlitten Feuer aus, das jedoch, nachdem von einem Fahrgast die Notbremse gezogen war und der Wagen stillstand, durch den Fahrer und Schaffner gelöscht wurde. Ein Fahrgast, der während der vollen Fahrt aus dem Wagen sprang, verletzte sich leicht. Das Feuer scheint durch Kurzschluß entstanden zu sein.

* Tietzheim, 10. Nov. Wes zugerichtet wurde am Sonntag der verheiratete Schneider Johann Ludwig Steich von hier. Gegen 11 Uhr überfiel ihn in einem dunklen Gang ein gewisser Jakob Dreiwieser von Ketsch, der kurz zuvor wegen seiner Fliegelschneiderei von Tietzheim nach Ketsch zum Tausch hinangeworfen worden war. Dreiwieser schlug dem Steich in das Gesicht, wo er nur hinfam, so daß das Gesicht ganz gelähmt ist. Der Mordling wurde verhaftet.

* Darmstadt, 10. Nov. Ein eigenartiges Schriftstück fiel vor einiger Zeit beim Nachlesen der Kammer ihres Dienstmädchens einer Hausfrau in die Hände. Das originale Schreiben, dessen Absender mit der Orthographie auf etwas gequemblich Fuß gestanden zu haben scheint, lautet folgendermaßen: „Darmstadt den 8. August 1893, Hochverehrte Majestät! Ich erlaube mir mit der Bitte die Sie so gut sein möchten, denselben bis 1. September d. J. liegen es ist meine Brand! — Bitte lassen Sie Ihre Neben Sonntag Ihren Ausgang und einmal in der Woche damit mich unsere Väter in Ordnung machen können, Geieraden Briefe Mitteilungszeit die Briefe so die Bedacht sind von mir — Ihrem Diener! — das heißt von Ihrem Bedienten, ohne diesen Gedächtnis nicht Ratam. Ist das nicht der Fall, so muß ich weitere Schritte tun. Achtungsvoll, Gruß an Euer Gnade, von Ihrem Bedienten.“ — Ob die „Gerechtheit“ das Ansehen des biederben Bedienten erfüllt hat, haben wir nicht erfahren.

* Mainz, 10. Nov. Bei der gestern in Herrnsheim bei Worms stattgefundenen Freischütz des Freischützen v. Hohl, an welcher auch Prinz Heinrich von Preußen teilnahm, wurden 1050 Hasen und 108 Hasanen geschossen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Jan Rubell. Eine kurze Biographie des berühmten Geigers Rubell. Solist des am 3. Dezember im Kaiserhof des Hofgärtens stattfindenden ersten Konzerts des hiesigen Philharmonischen Vereins, dürfte für unsere Leser von Interesse sein. Wohl noch nie hat ein ausübender Künstler — allenfalls Franz Liszt ausgenommen — im jugendlichen Alter so großes und allgemeines Aufsehen erregt, wie der 25jährige Geiger Jan Rubell, der im vergangenen Winter zum erstenmal Deutschland besuchte, nachdem er die meisten europäischen Länder, wie auch Nordamerika, bereits mehrere Jahre hindurch mit dem glänzendsten Erfolge besucht hatte. Dresden und Leipzig sind die deutschen Städte, in denen Rubell bislang aufgetreten ist und von denen mit ihm Rubell sich wie ein Raubtier über unser ganzes Vaterland verbreitete. — Als Sohn eines kleinen Handelsgärtners am 5. Juli 1880 in Wladimir Prag geboren, wurde der talentvolle Knabe schon frühzeitig von seinen Eltern für die Violinflaute bestimmt. Vom 6. Lebensjahre ab empfing er Violinunterricht und bereits im achten Alter von 8 Jahren war sein Können so groß, daß er in Prag öffentlich auftreten konnte. Mit 12 Jahren bezog Rubell das Prager Konservatorium, an dem er 6 Jahre lang den eifrigsten Studien oblag, um 1898 als fertiger Künstler in die Welt hinauszugetreten. Seine erste Kunstreise führte ihn durch Böhmen und Ungarn. In Wien und Budapest trat der junge Künstler nicht weniger als 14 Mal auf und feierte steter unerschütterter Triumphe. Richard Strauss schrieb damals in der „Neuen Freien Presse“: „Vor ein paar hundert Jahren hätte man Rubell ohne weiteres als Gegenmeister verbrannt. Seit Paganini wandelt keine solche Erscheinung auf Erden.“ Hofrat Böck schrieb in der „Sonnen- und Montags-Zeitung“: „Gebt dem jungen Mann eine Geige in die Hand und er erobert die ganze Welt.“ Kein Wunder, daß folglich an Rubell zahllose Aufforderungen ergingen, auch im Ausland zu konzertieren. In rascher Folge besuchte er die hauptsächlichsten Länder des europäischen Kontinents, besonders England und Russland, die der Künstler alljährlich während vieler Wochen bereist. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika hat Rubell schon zweimal durchquert, Lorbeeren und klingenden Erfolg in Halle und Halle, wie kein zweiter vor ihm, erntend. In kürzester Zeit gelang es ihm, selbst den im Rande der Dollars vergoldeten Musikfächern Naderen zu verurteilen. Zahlreich sind die Anerkennungen und Auszeichnungen, welche ihm zuteil wurden. Rubell wurde z. B. zum Ehrenmitglied der Londoner Philharmonie ernannt, die ihm auch noch die große Beethoven-Medaille verlieh u. s. w. Der 25jährige Rubell wurde mit Auszeichnungen überhäuft, wie solche nie zuvor einem so jugendlichen Künstler zu Teil wurden. Auch die diesjährige Kunstreise Rubells nach Russland gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge. Seit Anton Rubinstein's Glanzzeit hatte kein Künstler einen ähnlichen Erfolg in Russland aufzuweisen. Die gesamte Kritik sprach in Worten der höchsten Begeisterung über Rubell und den Andrang des Publikums zu den Konzerten konnte man heilloses nennen. Tausende mußten von der Rasse unverrichteter Weise abgehen.

Stimmen aus dem Publikum.

Mit Bezug auf das Eingeladene in Nr. 522, Wendebild, wird und geschrieben: Die 11 Wirtin nebst Anwohner um die Friedenskirche schienen einen schlechten Begriff von einem Kantinenbetrieb zu haben. Nach der Gewerbeordnung muß auf jedem Kantinaplatz ein Raum befinden, wo sich die Arbeiter vor etwaigem Unwetter schützen können, sowie ein Raum für das Geschütz und sonstiges Material; außerdem befindet sich in der genannten Kantine ein Wandbureau. Die 11—15 Arbeiter, welche bei dem Bau beschäftigt sind, wollen aber bei den schlechten Zeiten ihre Familien auch nicht verhungern lassen, um den 11 Wirtin die Taschen zu füllen und deshalb beziehen sie das Bier aus einer hiesigen größeren Brauerei gemeinsam und

schien es zu einem billigeren Preise unter sich aus. Das Essen hielt sich jeder Arbeiter selbst. In einer Kantine kann man alles haben, was hier aber nicht der Fall ist. Von einem Brau, daß die Arbeiter die umliegenden Wirtschaften frequentieren müssen, kann keine Rede sein.

Neueste Nachrichten und Telegramme. Abgeordnetenwahlen zum badischen Landtag.

(Zusammengestellt nach Privat-Telegrammen des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

3. Wahlkreis: Stadt Konstanz. Rechtsanwält Bene- den (dem.) erhielt 88, 1. (natl.) 16 Stimmen. 1. Wahlmann fehlte. 2. verabschiedet.

7. Wahlkreis: Waldshut-Säckingen. Prof. Blumel (Zentrum) gewählt.

9. Wahlkreis: Lörrach-Stadt. (Erstwahl.) Rechtsanwält Vortisch (frei.) erhielt 87 Stimmen, Sand 17 Stimmen. 2. ungültig wurden 2 Stimmen erklärt.

19. Wahlkreis: Freiburg-Ermendingen. Apotheker Pfefferle (natl.) mit 116 Stimmen gewählt. Verabschiedet 17 Stimmen.

21. Wahlkreis: Stadt Lahr. Rechtsanwält Schneider (natl.) gewählt.

22. Wahlkreis: Lahr-Offenburg. Professor Heim- burger (Demokr.) gewählt.

23. Wahlkreis: Triberg-Wolfach. (Erstwahl.) Land- besitzer Duffner (Ztr.) mit 118 Stimmen gewählt.

27. Wahlkreis: Nehl. Haus (natl.) mit 117 Stimmen ge- wählt. Säger (natl.) erhielt 7 Stimmen.

31. Wahlkreis: Stadt Baden. Oberbürgermeister Götter (natl.) mit 63 Stimmen gewählt. Schmid (Ztr.) erhielt 11 Stimmen.

32. Wahlkreis: Stadt Rastatt. Brauereibesitzer Franz (natl.) gewählt.

33. Wahlkreis: Amtsbezirk Rastatt. Landgerichtsdirektor Jentzsch (Ztr.) gewählt.

34. Wahlkreis: Stillingen-Rastatt. Landwirt Nor- genthaler (Zentr.) wurde mit 158 Stimmen gewählt. Wiltz (Zog.) erhielt 17 Stimmen, außerdem wurden 2 weiße Zettel ab- gegeben.

36. Wahlkreis. Amtsbezirk Karlsruhe. Im ersten Wahlgange im Bezirke Karlsruhe-Land fielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Apotheker Lutz 70 Stimmen, auf den konservativen Kandidaten Dekan Mayer 60 Stimmen, auf den Kandidaten des Bundes der Landwirte Elfer 40 Stimmen. Im dritten Wahlgange erhielt Lutz 85, Mayer 71 Stimmen. Weiter wurden abgegeben 7 ungültige und 7 weiße Zettel und 1 leeres Roulet. Damit ist der Sozial- demokrat Lutz gewählt und der einzige Konservative aus dem Landtag ausgeschieden. Die Antisemiten hatten den Ausschlag zu Gunsten des Sozial- demokraten gegeben. (Eine schöne Gesellschaft D. R.)

37. Wahlkreis: Stadt Durlach. Dorst (Zog.) mit 47 Stimmen gewählt.

39. Wahlkreis. Bretten-Bruchsal: Sägeverleibhaber Hartig (natl.) mit 91 Stimmen gewählt. Kern (Z. d. L.) erhielt 44 Stimmen.

41. Wahlkreis: Stadt Bruchsal. Polizeimeister Hof- mann (Demokr.) mit 64 Stimmen gewählt.

42. Wahlkreis: Stadt Forstheim. Für Schneider (natl.) wurden 134, für Sed (Zog.) 70 Stimmen abgegeben.

45. Wahlkreis. Mannheim-Stadt. Bei der heute vorgenommenen Wahl zweier Landtags-Abgeordneten haben von 705 Wahlmännern 684 abgestimmt. Es erhielten die beiden von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Kandidaten: Kleiderhändler Süßkind und Buchhalter Lehmann je 412 Stimmen, die von der nationalliberalen und freisinnigen Partei nominierten Kandidaten Dr. Th. Alt und Stadtrat Duttenhöfer je 264 Stimmen. Außerdem erhielten Stadtrat Dreesbach und Stadtrat Varber je 3 Stimmen. Vier Zettel waren ungültig, einer leer. Die Wahlhandlung dauerte bis kurz nach 2 Uhr.

46. Wahlkreis: Weinheim-Mannheim. Landwirt Müller (natl.) mit 146 Stimmen gewählt. Klein (Zog.) er- hielt 40 Stimmen.

48. Wahlkreis: Stadt Heidelberg. In Heidelberg-Stadt wurde Oberbürgermeister Wilkens (natl.) mit sämtlichen 212 Stimmen gewählt.

50. Wahlkreis. Eppingen-Einsheim. Bürgermeister Vurkhardt (natl.) gewählt.

51. Wahlkreis. Amtsbezirk Einsheim. Bürgermeister Reumitz (natl.) gewählt.

53. Wahlkreis. Amtsbezirk Mosbach: Landgerichtsrat Oblicher (natl.) gewählt.

55. Wahlkreis. Amtsbezirk Laubersheim: Professor Köhler (Zentr.) gewählt.

Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.

* Berlin, 11. Nov. Die Schriftführerin Winterstein, deren Mann sich in der Lungenheilstätte Velby befindet, erkrankte heute früh ihre 8 Söhne im Alter von 7, 6, und 4 Jahren und stellte sich der Volkst.

* Dresden, 11. Nov. In der heutigen Sitzung des Land- tags wurde der frühere Präsident Geh. Hofrat Dr. Mehnert (Konservativ) zum Präsident der Kammer wiedergewählt. Zum ersten Vizepräsident wurde Geh. Justizrat Dr. Schill, Leipzig, (Nationalliberal), zum 2. Vizepräsident Geh. Justizrat Opiß-Trenn (kons.), gewählt. (Zeff. Ztg.)

* Paris, 11. Nov. Gegenüber den Meldungen italienischer und französischer Blätter erklärt der „Matin“ daß Präsident Douvet erst im nächsten Frühjahr und zwar wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des Aprils den Besuch des Königs Viktor Emanuel erwirken werde.

* Marseille, 11. Nov. (Privat.) Zwischen den hie- sigen Sozialisten ist es zu einem Bruch gekommen. Der frühere Bürgermeister, Blaisier, hat sich den Radikalen an- geschlossen.

* New York, 10. Nov. Nach einer Depesche aus San Domingo ist die Entzündung deutscher Kriegsschiffe dortin deshalb erfolgt, weil die Regierungstruppen kürzlich an der Nordküste den deutschen Dampfer „Misen“ verhafteten, die Ladung zu löschen.

Die Operation des Kaisers.

* Neues Palais, 11. Nov. Das heute vormittag aus- gegebene Bulletin über das Befinden des Kaisers lautet: Sr. Maj. dem Kaiser und König hat der gestrige Spaziergang gut bekommen. Die Wunde ist von gutem Aussehen und beginnt sich zu verkleinern.

Schiffahrtsabgaben.

* Köln, 11. Nov. In der gestrigen Sitzung der Köln- ner Handelskammer wurde beschlossen folgende Reso- lution an die Reichsregierung zu richten:

Die Handelskammer hat mit lebhaftem Bedauern Kenntnis genommen von den neuerdings an der Öffentlichkeit hervorgetre- tenen Vorkommnissen auf der Wiedereinführung von Schiffahrtsabgaben auf den deutschen Flüssen. Eine solche Maßregel würde auch eine Verringerung der Abgabefreiheit des Rheins bedeuten, welche im Laufe des 19. Jahrhunderts nach schweren Kämpfen endgültig erreicht und in den internationalen Verträgen der Rheinfürstentümer sowie in der Reichsverfassung gleichmäßig mit der Abgabefreiheit für die natürlichen Wasserstraßen überhaupt gewährleistet worden ist. Die Handelskammer spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß eine Belastung des Rheinver- kehrs mit Abgaben die schlimmsten Schädigungen nicht nur für die am Schiffsverkehr direkt Beteiligten, sondern für die Gesamtheit des Handels und der Industrie sowie der Landwirtschaft zur Folge haben würde. Sie richtet daher an die Reichs- und Staatsregierung die Bitte, keine Bestrebungen unternehmen zu wollen, die auf die Wiedereinführung der Schiffahrtsabgaben gerichtet sind.

Aus Deutsch-Südwestafrika.

* Berlin, 11. Nov. Eine heute eingegangene tele- graphische Meldung des kaiserl. Gouverneurs von Deutsch- Südwestafrika besagt nach der „Zeff. Ztg.“, daß Haupt- mann von Kopp am 1. November mit einer kleinen Abteilung Warmbad erreichte und die Stationsvorräte intact vorgefunden hat. Der neue Sammelplatz des Feindes sei unbekannt. Schwierige Wasser- und Wege-Verhältnisse machen größere Operationen nach dem Schauplatz der Unruhen gegenwärtig unmöglich.

* London, 11. Nov. Die Deutschen in Stolgen- feiz, 55 englische Meilen östlich von Warmbad erwarten den sofortigen Angriff. Ihre Hottentoten-Diener haben den Ort verlassen. Die Zahl der bewaffneten Hotten- toten wird auf 1200 geschätzt. Der deutsche Konfiskat wird die Kapregierung zu erlauben, daß eine Truppenabteilung durch die Kapkolonie marschiere. Die Kapregierung wird diese Erlaubnis wahrscheinlich nicht geben, da sie fürchtet, die Hottentoten würden aufgebracht darüber werden. Doch wird die Angelegenheit er- wegen. Namaland ist infolge der Trockenheit ohne Wasser; jegliche Operation gegen die Hottentoten wird folglich langsam sein. (Zeff. Ztg.)

Eine neue Ministerreise in Italien.

* Rom, 11. Nov. Das offiziöse Mittagsblatt „Capitol“ bestätigt, daß Giolitti zum König mit der Absicht reist, seine Demission einzubringen, weil die Sozialisten ent- schlossen sind, ihn mit Standal zu empfangen. (Zeff. Ztg.)

Rußland im Osten.

* Port Arthur, 11. Nov. In der Meldung ausländischer Blätter über die Besetzung Russlands durch die Russen wird mitgeteilt, daß lediglich zur Wiederherstellung der Ordnung zwei Rotten (eine Rotte ist eine Kompanie mit 200 Mann Kriegs- härte) hinbeordert wurden. Andere Maßnahmen wurden nicht getroffen.

Der Rheinauprozeß vor der Mannheimer Strafkammer.

Mannheim, 11. November.

XII.

Zehnter Verhandlungstag (Fortsetzung).

Auf den Brief des Böhm vom 27. Februar teilte die Gräfin dem Angeklagten mit, daß sie, obwohl sie durchaus nicht im Sinne habe, mehr zu brauchen, sondern im Gegenteil darnach trachten werde, die Ausgaben mit den Einnahmen gleich zu stellen, so sei es ihr doch ganz recht, daß eine gewisse Summe disponibel bleibe, da man ja nicht wissen könne, ob unvorhergesehene außerordentliche Ausgaben kommen. Böhm bestätigte den Empfang des Schreibens in einer Karte, in welcher er davon Kenntnis nahm, daß die Gräfin wünsche, daß für alle Fälle stets eine gewisse Summe verfügbar bleibe und nicht festgelegt werde. Herr Staatsanwalt Welling: Ich möchte doch den Angeklagten fragen, wie er sich denn die Flüssigmachung der Mittel gedacht hat. Angell. Böhm: Ich habe es mir so ge- dacht, daß Geld so anzulegen, daß ich es jeden Tag greifen könne. Wenn ich es gebraucht hätte, so würde ich es sofort bei der Bank ge- holt haben. Vorf.: Sie sagen also folgendes: Ich habe zunächst das Geld bei mir angelegt; ich bin persönlich Schuldner der Gräfin. So ist es rechnungsmäßig gebucht worden. Tatsächlich haben Sie nachher das Geld verwendet zu Jucken, die nach Ihrer Ansicht die Gräfin nichts anging.

Verteidiger Rechtsanwalt Weismar bemerkt, daß man ja auch eine Bank nicht frage, was sie mit dem bei ihr angelegten Gelde anfangen.

Es kommt sodann der Brief der Gräfin an den Angeklagten vom 18. August 1899 zur Verlesung, in welchem es heißt: „Ihre finanziellen Maßnahmen in Betreff der Hypothek in meinem In- teresse sind mir natürlich ganz recht, wie ich es, was Sie in dieser Beziehung für mich bestimmen, denn ich weiß ja, daß Sie nur mein Bestes wollen und tun.“ In ähnlicher Weise äußert sich die Gräfin in einem Brief vom 20. Februar 1900, in dem sie sagt: Ich weiß ja, daß Sie meine Angelegenheiten so gewissenhaft ordnen, als wären es Ihre eigenen.

Es folgt nunmehr die Vernehmung des Angeklagten über die Vorgänge im Jahre 1900. Anfangs des Jahres 1900 betrug die Schuld Böhm an die Gräfin 50 000 M. Neue Beträge wurden im Jahre 1900 von Böhm nicht genommen, vielmehr bezahlte er von der alten Schuld von 50 000 M. im Februar 10 000 M. zurück, so daß das Jahr 1900 mit einer Schuld des Böhm an die Gräfin in Höhe von 40 000 M. schloß. Dieses Guthaben wurde im Jahre 1901

dadurch getilgt, daß der Angeklagte für den Betrag von 40 000 M. 5 Proz. Rheinau-Obligations kaufte. Im Laufe des Jahres 1901 erfolgten durch den Angeklagten zwei Entnahmen aus dem Ver- mögen der Gräfin und zwar in Höhe von zusammen 55 000 M. Dabei erhielt die Rheinau, G. m. b. H., als Darlehen von Böhm 33 000 M., während den Rest von 20 000 M. der Angeklagte für eigene Zwecke verwendete. Am 22. September verstarb in Salzburg die Gräfin La Motte. In einem am 27. Dezember 1897 niedergelagerten Testament wurde Böhm zum Testamentvollstrecker ernannt und mit einem Vermächtnis von 20 000 M. bedacht. In diesem Testament, das heute zur Verlesung gelangt, wurde Böhm von der Gräfin beauf- tragt, nach ihrem Tode das ganze Vermögen flüssig zu machen, die Eigenschaften und Rahmstoffe unter den ihm zutreffenden Beding- ungen öffentlich an den Meistbietenden versteigern zu lassen, die Ausstände einzuziehen u. s. w., überhaupt alles zu tun, was zur Liquidation der Erbmasse dienlich und notwendig sei. Für seine Verrichtung als Testamentvollstrecker wurden Böhm 3 Proz. der Aktivmasse nebst Wiederstattung der Ausgaben ausbezahlt.

Der Sachverständige, Herr Ziegler, konstatiert, daß die im April 1901 der Rheinau aus dem Vermögen der Gräfin getätigten 33 000 M. tatsächlich nicht bar bezahlt, sondern einfach auf das Konto Böhm übertragen worden sind.

Auf Befragen des Vorstehenden teilt Angell. Böhm mit, daß er am 13. Nov. 1901 vor dem kgl. Notariat III. bayerisch sich zur Annahme des Amtes als Testamentvollstrecker des Nachlasses der Gräfin bereit erklärte. Er übergab dem Amtsgericht eine Auf- stellung des Vermögens, das nach dem Stand vom 13. Nov. sich wie folgt stellte: Wertpapiere, bestehend in Obligationen, Ver- sicherungspolice und Losen Nominalwert 139 635.12 M. (Wachwert 158 164.97 M.), drei Hypotheken von 200 800 M., 135 000 M. und 93 000 M., greifbare Mittel 40 451.61 M., zusammen Nominalwert 543 887.33 M., Wachwert 592 426.58 M. Hierzu kam noch das in Maloja befindliche Uchale.

Auf Befragen des Vorstehenden, was er unter dem Posten „greif- bare Mittel“ verstanden habe, entgegnet der Angeklagte, daß sich dieser Posten zusammensetzte aus der Schuld der Rheinau im Betrage von 33 000 M. und aus der Schuld Böhm im Betrage von 20 000 M., von den 33 000 M. Vorschuß in Abrechnung, den Böhm infolge des- selbener Ausgaben gegenüber der Nachlassmasse hatte.

Der Sachverständige Ziegler befragt eingehend den Posten „greifbare Mittel“, den er vom kaufmännischen Standpunkte aus beanstandet. Detaillierte Berechnungen können nicht als greifbare Posten bezeichnet werden. Von dem Moment an, wo Böhm Testa- mentvollstrecker geworden, sei er nicht mehr der Gräfin, sondern den Erben gegenüber verantwortlich gewesen und er hätte deshalb der Verwaltung doppelte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Aber von dem Moment an, wo er Testamentvollstrecker geworden, sei die Verwaltung eine andere geworden, als sie bis dahin war. Bis zum 13. Nov. 1901 wurden alle größeren Posten, welche die Rheinau er- hielt, der Rheinau belastet, für die Summen, die Böhm selbst erhielt, hat er sich selbst belastet. Er hat diese Posten getrennt von dem Nachlassbestand in Anrechnung gebracht. Von dem Moment an, wo Böhm Testamentvollstrecker wurde, hat er einfach alles durch seine Kasse laufen lassen, während er die Kasse der Erben La Motte als i- d- b- l- d- i- g- e Kasse hätte führen müssen, getrennt von der Kasse Böhm. Eine derartige Vermischung der Kasse der Erben La Motte mit der Kasse des Böhm halte ich nicht für korrekt.

Verteidiger Weismar: Der Sachverständige belege den Zeitraum, daß er das Wort „Kasse“ mit dem Wort „Kassenkonto“ ver- wechselt. Böhm hat sich einfach als zinspflichtiger Schuldner gegen- über den Erben belastet.

Sachverständiger Ziegler erklärt, daß er dieses Vorgehen des Angeklagten einfach nicht für richtig halte. Er sei jetzt nicht mehr der Verwalter eines Vermögens, sondern der Liquidator einer Kasse gewesen, und hätte das Geld so anlegen müssen, daß es stets sofort flüssig gemacht werden konnte. Wenn man auf der einen Seite Ver- mögensstücke flüssig macht, so aber auf der anderen Seite wieder anlegt, so heißt er das nicht für richtig. In dieser Art und Weise liquidiere man kein Vermögen.

Verteidiger Weismar: Ob das Geld nun als Kassenkonto von Böhm gebucht wird, oder als Kassenkonto, ist unerleut. Die Bank zahlt nur etwas weniger Zinsen.

Der Sachverständige Ziegler entgegnet, daß der Fehler der- selb, daß der Angeklagte Böhm die Kasse der Erbschaftsmasse La Motte zur Kasse Böhm gemacht habe. Die beiden Kassen mußten eben vollständig getrennt gehalten werden.

Verteidiger Weismar: Der Angeklagte hat eben der Erb- schaftsmasse die erhöhten Zinsen zukommen lassen wollen, denn er verginnte das Kapital mit 4 1/2 Prozent.

Der Vorstehende fragt den Angeklagten Böhm, ob er die Rheinau für so sicher gehalten habe, daß sie jederzeit die 33 000 M. hätte anzahlen können. Angeklagter Böhm entgegnet, daß er noch am 27. September 1902 dies für möglich gehalten habe, da an diesem Tage die Rheinau noch völlig liquid gewesen sei.

Vorf.: Welche greifbaren Gegenstände haben Sie denn gehabt, um die Forderung der Erbschaftsmasse an Sie flüssig machen zu können. Als gewissenhafter Vermögensverwalter konnten Sie doch nicht eine Schuld kontrahieren mit jemandem, der nichts hat?

Angeklagter Böhm entgegnet, daß er die Schuld jederzeit hätte decken können. Die Rheinau habe noch damals Beträge bis zu Hunderttausenden ausgezahlt, so daß es ein Leichtes gewesen sei, sofort das Geld für die Vorkaufung der Erbschaftsmasse zu be- schaffen. Auch hätte er einfach nur einen Check auf die Oberbayerische Bank zu nehmen brauchen, der dann ausbezahlt worden wäre. In Übereinstimmung mit dem, was er gesagt hat, daß er das Verfügungsrecht über die Geldmittel der Rheinau besaß und jederzeit über dieselben hätte verfügen können. Kein unbedachtetes Vermögen bring im Jahre 1902 noch 68 000 M.

Staatsanwalt Welling: Ich möchte, festzustellen, daß nach einer von Böhm selbst gefertigten Vermögensaufstellung bereits im Jahre 1900 eine Ueberhöhung des eigenen Vermögens Böhm vorlag.

Der Sachverständige stellt fest, daß Ende 1900 eine Ueberhöhung Böhm in Höhe von circa 225 000 M. vorhanden war. Ende 1901 beziffert sich die Ueberhöhung auf M. 1 050 000. Ende 1902 auf M. 1 459 542. Es sei richtig, daß eine größere An- zahl Effekten bei den Aktiven vorhanden waren. Nach meiner Ansicht als Sachverständiger ist es sehr veranlassend, wenn man bei einer solchen Vermögenslage seine eigene Person als Kassenbestand vorschreibt, wie es der Angeklagte getan hat. Nach meiner Ansicht hätte Böhm die Verpflichtung gehabt, die Erbschaftsmasse vollständig getrennt zu führen und zwar in einer Art und Weise, daß ein rich- tiger Ueberblick möglich gewesen wäre und eine Vermischung mit anderen Vermögensgegenständen nicht erfolgen kann. Weiter hat der Angeklagte Böhm eine Schuld des Nachlasses bei der Firma W. G. Lodenburg & Söhne, die durch Entnahmen Böhm erfolgt war, in dem Vermögensstatus nicht aufgeführt. Diese Schuld des Nach- lasses der Gräfin La Motte an das Bankhaus Lodenburg betrug M. 20 402.27. Der Sachverständige Ziegler beanstandet es, daß Böhm die aus dem Vermögen der Gräfin entnommenen Beträge nach dem Tode derselben im Kassenbuch der Rheinau La Motte nicht wie vorher in Ausgabe gebucht hat, sondern sich darauf beschränkte, sich in seinen eigenen Büchern für die betreffenden Beträge zu be- halten. Auf diese Weise wurde es herbeigeführt, daß am 30. Sept. 1902 ein Kassenbestand von M. 116 578.79 vorhanden sein sollte, aber tatsächlich nicht vorhanden war. Daraus kommen noch die von Böhm bei dem Bankhaus Lodenburg erhobenen Beträge von zu- sammen M. 78 576.50, die von Böhm in das Kassenbuch La Motte nicht eingetragen wurden, weil, wie er heute angibt, er sich selbst

Edsian. Warum gehst denn Du immer erst nach 11 Uhr heim?
Ja wie ist Du, wenn es eind, zwei oder drei schläft, kennt sich meine
Alte nimmer und meint, es ist vieret, halb oder dreiviertel
und da kann ich sagen, was ich mag!"

Eintracht. Vorbeurtheil (vor einem anderen Gemälde).
Nein, das ist aber doch übertriebt! Den grünen Himmel und den
blauen Wald läßt man sich noch gefallen, aber einen Reichspoker-
stisch stiehlt zu malen — das ist unerhörte!"

1855

